

THEMA GEFLÜCHTETE



Liebe Leserinnen und Leser,

viele Menschen sind besorgt über die vielen Krisen und Kriege weltweit. Millionen sind auf der Flucht, versuchen sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Viele finden nach langer Flucht in Deutschland und Berlin Sicherheit vor Terror und Verfolgung.

Der Senat nimmt seine Verpflichtung diesen Menschen gegenüber sehr ernst. Wir wollen die Erstaufnahme überall verbessern und langfristige Arbeit, Ausbildung und Wohnungen bieten.

Natürlich wissen wir, dass dabei Rücksicht auf die Nachbarschaften und frühzeitige Informationen wichtig sind. Sorgen kann man nicht weg beschließen, man muss zeigen, dass sie unberechtigt sind.

Ich bin stolz auf die Berlinerinnen und Berliner. Sie gehen Populisten mit ihren einfachen und menschenverachtenden Parolen nicht auf den Leim. Überall, wo die Menschen in Not Unterkunft finden, ist die Hilfs- und Spendenbereitschaft groß. Senat und Bezirke unterstützen die Initiativen, wo es möglich ist und ich danke Ihnen allen, dass Sie unsere Berliner Willkommenskultur so engagiert mittragen.

Michael Müller

Regierender
Bürgermeister

Bild: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin/Marco Urban

MELDUNG

LÖCKNITZ-SCHULE
AUSGEZEICHNET

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat die Schöneberger Löcknitz-Grundschule als Kinderrechteschule ausgezeichnet. Im Rahmen eines vom Bundesfamilienministerium geförderten Modellprojektes werden Schulen angeregt, die Vermittlung von Kinderrechten zu einem Leitgedanken ihrer Einrichtung zu machen. An der Löcknitz-Schule in der Berchtesgadener Straße beschäftigten sich im Jahr 2014 alle Lebenskinder mit dem Thema Kinderrechte. Daraus ist eine Ausstellung entstanden, die auch über die Schule hinaus Anerkennung gefunden hat.

Angebote aus der Nachbarschaft

Sozialer Kontakt und praktische Hilfe für geflüchtete Menschen

Viele wollen den Flüchtlingen helfen. Das Interesse an ehrenamtlichem Engagement groß und vielfältig, wie bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert deutlich wurde. „Ich bin glücklich über meine Nachbarschaft, in der sich das bunte und vielfältige Leben in Tempelhof-Schöneberg wiederfindet“, freut sich die Politikerin über das Ausmaß der Hilfsbereitschaft.

Nachfolgend erste Ideen für ein bürgerschaftliches Engagement:

- Die VertreterInnen von Outreach - Mobile Jugendarbeit Berlin boten an, die in der Einrichtung lebenden Kinder und Jugendli-

chen in ihre Freizeitangebote einzubinden.

- Eine Dolmetscherin, die im Flüchtlingsheim in Köpenick das Projekt „Garten der Hoffnung“ begleitet, bietet das auch in Tempelhof an.
- Mehrere Kirchengemeinden möchten unterstützend tätig werden, sei es mit Beschäftigungsangeboten, Hilfen bei Hausaufgaben und dem Erlernen der deutschen Sprache.
- Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin-Tempelhof ist bereits in der Flüchtlingsberatung tätig und will auch der Erstaufnahmehilfe in der Colditzstraße für Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

- Die Vertreter des nahe liegenden Vivantes Wenckebach-Klinikum haben Unterstützung bei der medizinischen Versorgung zugesagt. Sie wollen klären wie den Geflüchteten geholfen werden kann.
- Der Sportverein Germania 1888 bietet an, dass die Flüchtlinge mit den Vereinsmitgliedern Sport treiben können.
- Das Werkhaus Antirrost möchte gerne einen Handwerkerdienst mit anerkannten Flüchtlingen aufbauen.
- Das Nachbarschaftsheim Schöneberg und das Nachbarschafts- und Selbsthilfeforum in der Ufa-Fabrik (NUZS) stehen für Kooperationen und Pro-

jekte bereit. Zudem wird das NUSZ ein Netzwerk zur Beschäftigung von noch nicht anerkannten Flüchtlingen begründen.

- Das Nachbarschaftsheim Schöneberg will seine Integrationslotsinnen auch der Flüchtlingsunterkunft in der Colditzstraße zur Verfügung stellen. Sie bemühen sich derzeit darum, weitere Integrationslotsinnen beschäftigen zu können.

Auch zivilgesellschaftliches Engagement braucht Strukturen

Die Erfahrung zeigt, dass auch ehrenamtliches Engagement Strukturen braucht, sei es im Rahmen von Selbstorganisation, sei es durch bezirkliche Koordination.

Die große Motivation der ehrenamtlichen Kräfte darf nicht enttäuscht werden.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gibt es derzeit drei Flüchtlingseinrichtungen:

- das Aufnahme- und Übergangswohnheim Marienfelde, welches vom Internationalen Bund betrieben wird
- das Georg-Kriedte-Haus, ein Wohnheim für Flüchtlinge am Kirchhainer Damm (Lichtenrade), in Trägerschaft des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks
- die Erstunterkunft in der Colditzstraße, Tempelhof (ein Anbau als Übergangswohnheim ist gestellt).

Volker Warkentin

Jugendberufsagentur kommt

Start in unserem Bezirk noch 2015

Vier Bezirke starten noch in diesem Jahr mit der Einrichtung regionaler Anlaufstellen der Jugendberufsagentur Berlin.

Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Spandau werden die ersten Anlaufstellen einrichten, in denen die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, U25-Teams der Jobcenter und neu bestellte Beraterinnen und Berater der Jugendhilfe und berufliche Schulen für den Übergang von der Schule in den Beruf unter einem Dach arbeiten. Die Beratung für sozialintegrative Leistungen wird ebenfalls einbezogen.

Was ist die Jugendberufsagentur?

Das übergreifende Ziel der Jugendberufsagentur Berlin ist es, jeden Jugendlichen oder jungen Erwachsenen zu einem Berufsabschluss zu führen. Junge Menschen werden umfassend und auch aufsuchend beraten und ihre Zielperspektiven sollen geklärt werden.

Unversorgte Jugendliche oder solche, die einen Qualifizierungsplatz nach der 10. Klasse nicht antreten, werden systematisch von der Jugendberufsagentur kontaktiert. Alle Beratungs- und Unterstützungsprozesse an den allgemeinbildenden Schulen sind mit den anderen Berufs- und Studienorientierungsangeboten im Unterricht festgeschrieben.

Eine positive Bilanz

Der SPD geführte Senat hat in den letzten drei Jahren gezeigt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin wirksam bekämpft werden kann. Wir konnten die Jugendarbeitslosigkeit von 14% im Jahr 2011 auf jetzt

11 % senken. Das reicht uns aber nicht! jeder arbeitslose Jugendliche ist einer zu viel! Mit der Jugendberufsagentur geht Berlin den nächsten Schritt auf diesem erfolgreichen Weg. Sie vereint unter einem Dach und aus einer Hand alle unsere Angebote für einen gelungenen Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher mehr verloren geht. Eine betriebliche Ausbildung ist die beste Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das belegt die Statistik, da 75 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen keine Berufsausbildung haben. Die betriebliche Ausbildung sichert auch den Berliner Unternehmen ihre Fachkräfte.

Eine Jugendberufsagentur für Tempelhof-Schöneberg

In Tempelhof-Schöneberg ist geplant die Jugendberufsagentur in der Alarichstraße zu errichten, das heißt im Zentrum des Bezirks und damit für alle Jugendlichen gleichermaßen gut zu erreichen. Als Schwerpunkt hat sich der Bezirk zum Ziel gesetzt, Jugendliche auf ihrem Weg in den Beruf optimal zu unterstützen. Die Jugendberufsagentur ist ein wichtiger Meilenstein dafür.

Die Jugendberufsagentur wird ein Erfolg, wenn alle – Jugendliche, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Unternehmen – an einem Strang ziehen und die Chance nutzen.

Dilek Kolat



Streit um Immobilien des Bundes

Großgörschen- und Katzlerstraße: Ring frei für Runde drei

Der Bund verklagt das Land Berlin - oder genauer: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Damit geht das Ringen um drei Wohnhäuser in der Großgörschen- und Katzlerstraße nun in eine neue Runde.

Die BImA veräußert Liegenschaften des Bundes, die der Bund nicht mehr benötigt. Vor gut einem Jahr eröffnete sie das Bieterverfahren für die Schöneberger Mietshäuser. Ziel: Verkauf an den meistbietenden Investor. Die städtische Wohnungsgesellschaft Gewobag beteiligte sich mit einem Angebot in Höhe von 6,3 Mio. Euro, doch private Investoren legten 7,8 Mio. Euro auf den Tisch. Ein klares Signal dafür, dass sie anders als die Gewobag keine mietervertragliche Fortsetzung bezahlbaren Wohnens planen, sondern einen einseitig auf Rendite ausgerichteten Vermarktungspfad.

Der Bezirk und das Land Berlin ergreifen alle Mittel zur Dämpfung von Mietsteigerungen und zur Erhaltung durchmischter Kieze. Deshalb wurde für das betroffene Gebiet um die Bautzener Straße am 26. August 2014 eine so genannte soziale Erhaltungssatzung erlassen. Das ist ein Instrument für Gemeinden, damit sie die soziale Zusammensetzung von Wohngebieten erhalten können. In der Folge werden Luxussanierungen dann genehmigungspflichtig und die Verdrängung von MieterInnen erschwert. Die Erhaltungssatzung räumt den Kommunen auch ein Vorkaufsrecht ein. Davon hat der Bezirk im Fall der Mietshäuser in der Großgörschen-/Katzlerstr. hat der Bezirk nun davon Gebrauch ge-



Bunte Solidaritätsbekundung am Haus Katzlerstraße 13, einem Hausprojekt der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe. Die benachbarten Häuser Katzlerstr. 10-11 und Großgörschenstr. 25-27 wurden von der bundeseigenen Immobiliengesellschaft BImA zum Höchstpreis angeboten. Bild: Ulrich Horb

macht. Er bietet der BImA gutachterlich festgestellten Verkehrswert von 6,3 Mio. Euro durch die städtische Gewobag.

BImA und privater Investor hätten den Vorkauf abwenden können durch den vertraglichen Ausschluss von Luxussanierungen. Doch die Chance verstrich. Stattdessen klagt die BImA nun und bestreitet, dass der Bezirk das durch Baugesetzbuch eingeräumte, Vorkaufsrecht ausüben darf. Die Klärung der Frage liegt nun bei den Gerichten.

Aber auch die Bundespolitik ist gefordert: Während Bezirk, Land und auch der Bund selbst zahlreiche Maßnahmen für bezahlbares Wohnen ergreifen - darunter das Mietenbündnis, Neubau von Wohnungen, Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot, Aufkauf der BImA-Wohnungen durch das Land Berlin sowie die Mietpreiskontrolle - konkretisiert Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) mit der Liegenschaftspolitik der ihm unterstellten BImA diese Anstrengungen. Durch Höchstpreisverfahren beim Verkauf der bundeseigenen

Immobilien steigen die Mieten unweigerlich.

Um dies zukünftig zu verhindern, hat die SPD-Bundestagsfraktion auf Initiative der Berliner SPD-Abgeordneten bereits im November vergangenen Jahres einen Beschluss zur sozialen Neuausrichtung der BImA-Politik gefasst. Nun warten die Mieterinnen und Mieter nicht nur in Schöneberg darauf, dass sich endlich auch die CDU und der Bundesfinanzminister bewegen.

Manuela Harling

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber
SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
spd-tempelhof-schoeneberg.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat
Auflage: 20.000
Redaktion dieser Ausgabe
Eva Lieben, Frank Zimmermann, Ingo Siebert, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolph-Korte, Sabine Mauer, Dr. Stefanie Schmidt, Ulrich Horb, Volker Warkentin
Satz und Layout:
interdialog.berlin, spd.berlin
Druck:
Henke Pressedruck, Berlin

MELDUNGEN

NEUER MIETSPIEGEL

Der neue Berliner Mietpiegel weist bei den Bestandsmieten eine Steigerung um 2,7 Prozent gegenüber 2013 aus. Das sind 15 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat.

Die gewichtete Durchschnittsmiete nettokalt liegt 2015 bei 5,84 €/qm monatlich, 2013 waren es 5,54 €/qm. „Wir spüren die Attraktivität der wachsenden Stadt Berlin an steigenden Mieten und einem angespannten Wohnungsmarkt. Dennoch fielen die Mieterhöhungen im Bestand gegenüber dem Mietpiegel 2013 geringer aus als befürchtet“, sagte Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir mit unseren mietenpolitischen Instrumenten auf dem richtigen Weg sind.“

Der Mietpiegel ist auch online abrufbar: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel

RASCHE INTEGRATION

Flüchtlinge sollen in Berlin schneller Arbeit und Ausbildung finden – und damit Steuerzahler werden. Das ist das Ziel von Arbeits- und Integrationsministerin Dilek Kolat.

Für 2015 werden in Berlin rund 20.000 Asyl-Erstanträge erwartet. Zwei Drittel davon werden Menschen in erwerbsfähigem Alter sein. „Diese Menschen in Ausbildung und Arbeit zu integrieren, bedeutet ihnen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und eigenständige Existenzsicherung zu geben“, so Dilek Kolat. Dazu werden mehr IntegrationslotsInnen eingestellt, zusätzliche Deutschsprachkurse bei den Berliner Volkshochschulen eingerichtet, eine Beratungsstelle bei der Senatsverwaltung geschaffen sowie das Ausbildungsprogramm ausgeweitet.

BERLINER MITTE

Gut 1800 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Ideen und Vorschläge für die Gestaltung der Berliner Mitte rund am das Rote Rathaus und den Fernsehturm bei einer Online-Befragung eingebracht.

Vom 27. Juni an wird die Stadtdebatte mit einer Bürgerwerkstatt, einer Ausstellung, Spaziergängen und Aktionen fortgesetzt. Die Ausstellung verteilt sich über das Areal der Berliner Mitte und ist für alle Interessierten bis zum 10. September zugänglich.

„Dem Berliner Vorbild folgen“

Dragonerareal: Bund soll Vergabepaxis von Grundstücken ändern

Dem Kreuzberger Finanzamt am Mehringdamm sieht man die einstige Funktion als Kaserne noch deutlich an. Dahinter liegt das 47.000 Quadratmeter große Dragonerareal, ein ehemaliger Exerzierplatz, heute von Gewerbebetrieben genutzt. Das Grundstück ist im Bundesbesitz. Den geplanten Verkauf konnte Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen im Bundesrat im Mai vorerst verhindern.

Das Dragonerareal ist eines der wenigen großen und attraktiven Grundstücke, die es noch in der Stadt gibt. Umso wichtiger ist dem Berliner Senat und den Anwohnern eine sozialverträgliche Planung. Die aber kann es nur geben, wenn auch die bundeseigene Immobiliengesellschaft (BImA) nicht mehr zum Höchstpreis verkaufen muss, sagt der Pankower SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup. Er verweist auf das Berliner Vorbild.

Hier werden Grundstücke im Landesbesitz inzwischen nicht mehr automatisch an



Der Verkauf des Dragonerareals zum Höchstpreis ist zunächst gestoppt.

Foto: Horb

den Höchstbietenden verkauft. Es geht um die besten Konzepte, um günstigen Wohnungsbau, um Räume für soziale und kulturelle Projekte. Auslöser dafür war 2012 der geplante Verkauf eines Grundstücks am Spreeufer. Die SPD-Fraktion hielt das Konzept eines Clubbetreibers, heute „Kater Blau“, für das Beste, um das

Gebiet zu beleben. Das Beispiel machte Schule: Auch städtische Wohnungsgesellschaften erhalten landeseigene Grundstücke, um günstiger bauen zu können. Das bringt der Stadt mehr Nutzen als kurzfristig eine höhere Verkaufseinnahme.

Für das Dragonerareal sollte die BImA 36 Millionen Euro von einem Käufer

erhalten, der auch Kunst und Kultur auf dem Gelände verspricht. Doch als der Vertrag unterschriftsreif war, war der Verhandlungspartner plötzlich nur noch Minderheitsgesellschafter, und die bisherigen Planungen wurden über den Haufen geworfen. Kunst und Kultur spielten keine Rolle mehr.

Ein „Beispiel für eine ge-

ellschaftliche Fehlsteuerung“ nennt Finanzsenator Kollatz-Ahnen den Verkauf an den Meistbietenden. So werde die Schaffung preiswerten Wohnraums „erschwert oder unmöglich“. Und der Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup sieht eine Glaubwürdigkeitslücke: „Zur Mietpreisbremse und dem Bündnis für bezahlbares Wohnen steht die Vergabepaxis der BImA in diametralem Widerspruch.“

Das Land Berlin würde das Dragonerareal ebenso wie die anderen BImA-Liegenschaften gerne zum Verkehrswert übernehmen. Im Bundestag haben die Berliner SPD-Abgeordneten bereits einige Unterstützung organisiert. Mitte Juni kann der Bundesrat nun beim Dragonerareal endgültig für eine Wende sorgen. Klaus Mindrup fordert eine Liegenschaftspolitik des Bundes, „die im besten Sinne sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig“ ist. Spekulative Geschäfte mit Wohnraum seien diesem Ziel abträglich. U.H.

Ein neuer Blick auf die Welt

Die Fragen der Menschheit im Humboldt-Forum

Noch lagern im Schlüterhof, in dem Besucherinnen und Besucher irgendwann Kaffee trinken werden, große Sandsteine für die Fassade – aber der Rohbau des Humboldt-Forums ist fristgerecht fertig. Und nach dem Richtfest am 12. Juni geht es nun vor allem um die innere Gestaltung.

„Es muss eine intellektuelle Baustelle werden, die nie fertig werden darf“, so der Anspruch von Neil MacGregor, langjähriger Leiter des British Museum in London. Hier könne man Geschichte immer wieder neu schreiben.

MacGregor ist Anfang April 2015 berufen worden, das Haus mit der Schlossfassade mit Leben zu erfüllen. Gemeinsam mit Hermann Parzinger, Präsident

der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und dem Kunsthistoriker Horst Bredekamp von der Humboldt-Universität bildet er die Gründungsintendanz. Vom kommenden Oktober an werden sie zwei Jahre lang die Arbeit im Humboldt-Forum planen. Auf drei Etagen und 20.000 Quadratmetern soll ein neuer, einzigartiger Blick auf die Welt entstehen. Für Filme, Konzerte, Diskussionen oder Theateraufführungen stehen ein vielseitig nutzbarer Veranstaltungsraum im Erdgeschoss, aber auch der Eingangsbereich und der Schlüterhof zur Verfügung.

Während die benachbarte Museumsinsel die Sammlungen zur Kulturentwicklung Europas und des Nahen Ostens zeigt, ziehen

im Humboldt-Forum die Sammlungen außereuropäischer Kulturen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein. Damit entsteht in der Mitte Berlins ein Ort, an dem sich die Kulturen begegnen und von dem aus ein international beachteter Dialog ausgehen kann. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die großen Fragen der Menschheit, um Krieg und Flucht, um Glaube, Macht und Tod.

4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche stehen Berlin im künftigen Humboldt-Forum zu. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat dazu eine neue Debatte angestoßen. Unter dem Titel „Welt. Stadt. Berlin“ soll eine Ausstellung erzählen, wie in den letzten 200 Jahren „Berlin die Welt und die Welt Berlin veränderte“, so das Konzept. Kunst, Wissenschaft, Migration, Krieg und Teilung, Diktatur und Freiheit sind dabei Themen. „Unsere Stadt kann zeigen, dass sie immer noch in dem libertären Takt schlägt, den die Humboldt-Brüder vorgegeben haben“, so der Regierende Bürgermeister.

2019 wird das Humboldt-Forum eröffnet. Es soll ein offenes, einladendes Haus werden, so wie es sich schon an den Tagen der Offenen Baustelle am 13. und 14. Juni zeigt.

Ulrich Horb

Nicht durchs Raster fallen

Start der Jugendberufsagenturen

Die ersten vier Berliner Jugendberufsagenturen starten im Spätsommer im Bezirken Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf. Bis Ende 2016 soll jeder Bezirk eine solche Anlaufstelle haben, gut erreichbar und zentral gelegen. „Jeder Jugendliche soll ein Angebot für den Weg in den Beruf erhalten“, so Arbeitsministerin Dilek Kolat (SPD).

Die Jugendberufsagenturen Berlin sind ein Bündnis zwischen den Senatsverwaltungen für Bildung und für Arbeit, den Regionaldirektionen Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, den Bezirken und den Wirtschafts- und Sozialpartnern. „Die Übergänge von der Schule in die Ausbildung, die Arbeit oder das Studium sollen besser ermöglicht werden“, erklärt die Charlottenburger SPD-Abgeordnete Franziska Becker. Es gelte das Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Mit den in Hamburg bereits erprobten Einrichtungen will Berlin die immer noch zu hohe Jugendarbeitslosigkeit von 10,3 Prozent reduzieren.

Drei Viertel der arbeitslosen Jugendlichen haben keine Ausbildung. Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) will deshalb in der Schule ansetzen: Jugendliche, die noch kein Ausbil-



Berlins Bildungsministerin Sandra Scheeres setzt auf „passgenaue Beratung in den Jugendberufsagenturen“.

Foto: SPD Berlin

dingsangebot haben oder nach der zehnten Klasse einen Qualifizierungsplatz nicht antreten, sollen systematisch kontaktiert werden, sagt sie. „Niemand soll durch das Raster fallen.“ Derzeit ist für etwa 3.000 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse noch unklar, wie es weitergeht. Sie müssen nun nicht mehr viele unterschiedliche Ämter aufsuchen, sondern erhalten Beratung aus einer Hand.

Für die Einrichtung der Jugendberufsagenturen werden die Bezirke aus dem Landeshaushalt mit 300.000 Euro und weiteren personellen Hilfen unterstützt. Die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg setzt rund 500 Mitarbeitende ein.

Ulrich Horb



Im Eingangsbereich des Humboldt-Forums wird die historische Kuppel des Stadtschlösses rekonstruiert.

Foto: Horb